

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses vom Dienstag, 12.03.2002

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister W. Brilmayer
Schriftführer/in: Napieralla/Schamberger

Anwesend waren die stellvertretende Bürgermeisterin Anhalt, die Stadträtinnen Hülser, Dr. Luther (für Stadtrat Reischl), Pletzer und Will sowie die Stadträte Heilbrunner, Krug und Schurer

Entschuldigt fehlten stellvertretender Bürgermeister Ried und Stadtrat Reischl.

Als Zuhörer nahm Stadtrat Berberich teil.

Herr König und Herr Napieralla nahmen beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte die stellvertretende Bürgermeisterin Anhalt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 1

Vorberatung des Haushalts 2002

öffentlich

Den Ausschussmitgliedern wurde mit der Ladung ein Entwurf des Verwaltungshaushalts, des Vermögenshaushalts (einschließlich einer Kurzerläuterung zu den Haushaltsstellen, deren Ansätze von den Ansätzen des Vorjahres erheblich abwichen), des Stellenplans, einer Rücklagenübersicht und einer Schuldenübersicht übersandt.

Der Verwaltungshaushalt wies eine Unterdeckung in Höhe von € 1.800.000 und der Vermögenshaushalt in Höhe von € 1.262.000 auf. Somit ergaben sich im Haushaltsentwurf 2002 folgende Summen:

Verwaltungshaushalt	Einnahmen	€ 15.590.000
	Ausgaben	€ 17.390.000
Vermögenshaushalt	Einnahmen	€ 8.328.000
	Ausgaben	€ 9.590.000

Stadtkämmerer Napieralla erläuterte folgenden Sachverhalt:

Im Entwurf des Verwaltungshaushalts und des Vermögenshaushalts wurden alle gemeldeten Anforderungen der einzelnen Abteilungen aufgenommen und eingearbeitet. Auch die erforderliche Mindestzuführung (Summe aller Tilgungsverpflichtungen in 2002) wurden berücksichtigt. Er berichtete über die Veränderung bei den Personalkosten (insgesamt ca. + 4,3%) und gab kurze Mitteilungen zu allgemeinen Sachkosten (Strom, Versicherungen, Kraftstoff).

Weiter führte er aus: Vor einer Entscheidung über eine Investition sollte verstärkt darauf geachtet werden, ob und ggf. wie die Bewältigung der Folgekosten sichergestellt werden kann. Bedenkt man, dass in Zukunft erhebliche Folgekosten mit der Inbetriebnahme des Museums Wald und Umwelt, des Jugendzentrums, der Dreifach-Turnhalle und später des Stadtsaals entstehen, wird es immer schwieriger, bei gleichbleibendem Schuldenstand die gesetzliche Mindestzuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt zu realisieren. Nach der Beurteilung des Stadtkämmerers können die laufenden und feststehenden Ausgaben im Verwaltungshaushalt in Zukunft nur gedeckt werden, wenn insbesondere bei den Haushaltsstellen Gewerbesteuereinnahme und Einkommenssteuerbeteiligung mit jeweils mindestens € 4,5 Mio. gerechnet werden kann. Wäre dies nicht so und wären bei anderen Haushaltsstellen wie Anteil an der Grunderwerbssteuer, Beteiligung an der Umsatzsteuer oder Einkommenssteuerersatzleistung Rückgänge zu verzeichnen, wird ein Ausgleich im Verwaltungshaushalt bei gleichbleibenden Kosten unmöglich werden.

Demnach dürften freiwillige Leistungen im Verwaltungshaushalt grundsätzlich nicht mehr steigen. Dies steht auch vor der Tatsache, dass in den kommenden drei Jahren aufgrund gesetzlicher Vorschriften, die Gewerbesteuerumlage und die Solidarumlage erheblich steigen werden.

Die Stadt Ebersberg erbringt über den Verwaltungshaushalt eine Vielzahl von freiwilligen Leistungen, welche enorme Kosten verursachen, z. B. Hallenbad, Umweltstation, Museum Wald und Umwelt, Jugendförderung, Sportstätten und vieles mehr. Würden wie Anfangs erwähnt, nicht die dafür erforderlichen Einnahmen erzielt werden, steht bereits heute fest, dass die gesetzliche Mindestzuführung in den Vermögenshaushalt und damit der Ausgleich im Verwaltungshaushalt nicht mehr erreicht werden kann.

Der Stadtkämmerer bat deshalb um Unterstützung keine neuen Schulden aufzunehmen, es sollten vielmehr weiterhin unrentierliche Schulden mittels Sondertilgungen reduziert werden.

Abschließend wurden noch kurz über die im Vermögenshaushalt eingestellten Maßnahmen, über die Rücklagen und über den Schuldenstand berichtet.

Anschließend wurde Seite für Seite der Verwaltungshaushalt und der Vermögenshaushalt besprochen. Auftretende Fragen wurden vom 1. Bürgermeister Brilmayer, Herrn König und Stadtkämmerer Napieralla beantwortet. Mittels einer Vorschlagsliste der Stadtkämmerei, welche jedem Ausschussmitglied vorher vorgelegt wurde, konnte während der Besprechung ein Ausgleich im Verwaltungshaushalt und im Vermögenshaushalt erzielt werden.

Folgende einzelne Positionen wurden geändert: Baumaßnahmen in der Kläranlage (Mauerkronen) sollten nicht gestrichen werden, Kosten für eine weitere Untersuchung im Einzelhandel sollen weiter berücksichtigt bleiben, die Gewerbesteuereinnahme soll letztendlich auf die Höhe geändert werden, dass ein Ausgleich im Verwaltungshaushalt möglich ist. Dies bedeutete eine Gewerbesteuereinnahmeerhöhung von € 4,5 Mio. (Vorschlag der Kämmerei) auf € 4,650 Mio. Hierzu wurde von Stadtkämmerer Napieralla mitgeteilt, dass dann im laufenden Haushaltsjahr eine bevorstehende und feststehende Gewerbesteuerrückzahlung in Höhe von ca. € 350.000 nicht ausgeführt werden kann. Diese Rückzahlung kommt dann im Haushaltsjahr 2003 (einschl. Verzinsung) zum Tragen. Im Vermögenshaushalt sollte durch interne Umschichtung die Baumaßnahme „Gehwegverlängerung Rosenheimer Straße“ erhalten bleiben. Auch sollte im Vermögenshaushalt noch eine Rücklagenzuführung in Höhe von ca. € 50.000 (Aktienverkauf aus dem Erbe Hettinger – siehe TOP 9 nicht öffentliche Sitzung) berücksichtigt werden.

Anschließend wurde im Vermögenshaushalt noch Folgendes besprochen:

Nachdem im Haushalt für den Verkauf des Grundstückes Baldestraße 5 ein Betrag in Höhe von € 955.000 veranschlagt ist und der Stadtrat grundsätzlich den Verkaufserlös aus diesem Grundstücksgeschäft zur Finanzierung des Stadtsaals heranziehen möchte, ist eine entspre-

chende Rücklagenzuführung zu tätigen. Der Betrag in Höhe von € 955.000 kann jedoch um folgende Summen reduziert werden: 1. Differenzbetrag zwischen Ausgaben und Einnahmen für den Ankauf des Stadtsaals nach dem Haushaltsentwurf 2002 (€ 212.000), 2. die noch zu erwartende Versicherungsleistung für den Brand Baldestraße 5 (€ 179.000), 3. der noch zu erwartende Staatszuschuss für die neue FFW-Drehleiter (€ 150.000) und 4. der Differenzbetrag zwischen Ausgaben für die Dreifach-Turnhalle und angesparte Bausparsumme einschließlich RL-Entnahme (€ 148.000).

Die Summen 2 – 4 sind somit bereits jetzt festgelegte bzw. zweckgebundene Rücklagenzuführungsbeträge „Stadtsaal“ sobald diese eingehen bzw. der Bausparvertrag für die Turnhalle belastet wird.

Darüber hinaus sind folgende Maßnahmen aus dem Vermögenshaushalt zu streichen bzw. Ansätze zu senken um die entsprechenden Summen ebenfalls der zweckgebundenen Rücklage „Stadtsaal“ zuzuführen: 1. Planungskosten Busbahnhof P&R (€ 37.000), 2. Planungskosten Tunnel Rosenheimer Straße (€ 30.000), 3. Planungskosten Bahnhof Westzugang (€ 45.000), 4. Geh- und Radweg Dr. Wintrich Str. (€ 75.000), 5. Arkaden Heinrich Vogel Straße (€ 47.500), 6. Vermögenshaushalt Schule Baldestraße (€ 35.000) und 7. Sanierung Sportparkstraße (€ 10.000).

Zwischen den Beratungsgesprächen gab der Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig sein Einverständnis, im Rahmen des Haushalts 2002 für den 2. Wasserwart einen über 12 Jahre alten VW-Bus zu verkaufen und dafür einen gebrauchten Opel Movano (Jahreswagen) anzuschaffen. Hier entschied sich der Ausschuss für ein Angebot der Firma Opel Eichhorn Ebersberg in Höhe von € 24.298,84.

Die gesamte im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Finanz- und Verwaltungsausschusses überarbeitete Vorschlagsliste zum Haushaltsausgleich 2002 ist als **Anlage 1** diesem Protokoll beigefügt.

Einstimmig mit 9 : 0 Stimmen empfahl der Finanz- und Verwaltungsausschuss dem Stadtrat den Haushaltsentwurf 2002 unter Berücksichtigung der besprochenen Vorschlagsliste zu genehmigen.

Der folgende Tagesordnungspunkt wurde vorgezogen im öffentlichen Teil behandelt.

TOP 6

Jugendherberge;
Abschluss des Pachtvertrages

(nicht) öffentlich

Bürgermeister Brilmayer berichtete, dass ein Pachtvertrag mit dem Betreuungszentrum Steinhöring zur Nutzung der Jugendherberge, wie in der Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschuss vom 24.04.2001 vorbesprochen, ausgearbeitet wurde. Abweichend von der Vorbesprechung wurde vereinbart, dass der Pachtzins ab der vollen Nutzung fällig wird, spätestens jedoch am 01.01.2004. Der Pachtvertrag wurde mit einer Laufzeit von 25 Jahren ausgearbeitet.

Bürgermeister Brilmayer bat dem Vertrag in der abgeänderten Form zuzustimmen.

Einstimmig mit 9: 0 Stimmen beschloss der Finanz- und Verwaltungsausschuss dem Pachtvertrag Jugendherberge mit dem Betreuungszentrum Steinhöring mit den von Bürgermeister Brilmayer vorgestellten Abweichungen zuzustimmen.

TOP 2

Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung des Hallenbades;
Neufestsetzung der Gebühren

öffentlich

Herr König informierte, dass der neue Kassenautomat im Hallenbad weitere Zahlungsmöglichkeiten schafft. Es gibt jetzt die Möglichkeit der Münzzahlung oder der Bezahlung mit einer Geldwertkarte. Weiter ist eine Einzelkarte und eine Zehnerkarte erhältlich.

Herr König erläuterte anhand einer aufgelegten Folie die Vor- und Nachteile einer Geldwertkarte.

Die Jugendlichen hätten bei der Geldwertkarte eine geringere Ermäßigung als bei der jetzt erhältlichen Zehnerkarte.

Herr König schlägt einen Preisangleich der Jugendzehnerkarte von 10 € auf 11 € vor und die Abschaffung der Zehnerkarte für Erwachsene. Die Jugendzehnerkarte behält den Vorteil, dass am Warmbadetag kein Aufschlag zu zahlen ist. Zur Gebührenerhöhung der Zehnerkarte für Jugendliche, der Abschaffung der Zehnerkarte für Erwachsene und der Einführung der Geldwertkarte ist eine Änderung der Gebührensatzung über die Benutzung des Hallenbades nötig.

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen dem Stadtrat zu empfehlen einer Änderung der Gebührensatzung über die Benutzung des Hallenbades, zuzustimmen.

Herr König berichtete weiter, dass beabsichtigt wird, Handföhne anzuschaffen, die kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die bisher entgeltpflichtigen Fönautomaten sind in der Anschaffung äußerst kostenintensiv und haben nur eine geringe Rendite. Einen weiteren Hallenbadeingang von der Abt-Williram-Str. her kann leider nicht eingebaut werden, da sonst der Fluchtweg nicht mehr gesichert ist.

TOP 3

Überörtliche Rechnungsprüfung;
Anerkennung der Jahresrechnungen 1995 mit 1999

öffentlich

1. Bürgermeister Brilmayer teilte den Ausschussmitgliedern die Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses der überörtlichen Rechnungsprüfung mit.

Stadtkämmerer Napieralla erläuterte den Ausschussmitgliedern die Sachverhalte der einzelnen Textziffern 1 – 22, welche die überörtliche Prüfung beanstandet hat. Zusätzlich wurden dem Ausschuss die Ergebnisse der Nachbearbeitung bzw. die Stellungnahmen zu den einzelnen Textziffern mitgeteilt. Danach sind alle zu den Jahresrechnungen 1995 – 1999 getroffenen Beanstandungen endgültig ausgeräumt.

Den Ausschussmitgliedern wurde angeboten, jederzeit den Prüfungsbericht und die Nachbearbeitung der Verwaltung einzusehen.

Einstimmig mit 9 : 0 Stimmen empfahl der Finanz- und Verwaltungsausschuss dem Stadtrat, die Entlastung nach Art. 102 Abs. 4 GO zu erteilen.

TOP 4

Verschiedenes

öffentlich

Herr König berichtet, dass der 10-Jahres-Vertrag mit der Fa. Eberherr/Platzer zur Müllentsorgung abläuft. Das Landratsamt will, dass die Stadt Ebersberg eine Ausschreibung durchführt. Ein Vergleich mit anderen Gemeinden hat gezeigt, dass Ebersberg äußerst günstige Konditionen vereinbart hat (nur eine Gemeinde lag darunter). Die Fa. Eberherr/Platzer wäre bereit, den Vertrag wie bisher auf weitere 10 Jahre zu verlängern. Es werden weitere Vergünstigungen bei der Müllentsorgung vom Friedhof und bei Containertransporten angeboten. Herr König bat um die Zustimmung zum Vertragsabschluss mit der Fa. Platzer/Eberherr ohne vorhergehende Ausschreibung.

Einstimmig mit 9 : 0 Stimmen beschloss der Finanz- und Verwaltungsausschuss einem Vertragsabschluss mit der Fa. Eberherr/Platzer zuzustimmen.

TOP 5

Wünsche und Anfragen

öffentlich

a) Stadtrat Krug bat um einen Sachstandsbericht „Bolzplatz am ehem. Wasserhäusl“

Bürgermeister Brilmayer berichtete, dass Anwohner der südl. Ringstraße mit Protest gegen diesen Bolzplatz wegen Verletzung des Immissionsschutzes gedroht haben. Die Anwohner wollen sich mit der zuständigen Immissionsschutzbehörde im Landratsamt in Verbindung setzen.

Bürgermeister Brilmayer hat bereits mit der Immissionsschutzbehörde Kontakt aufgenommen. Um zu klären, ob mit einer Belästigung für die Anwohner der Ringstraße zu rechnen ist, findet am 18.03.2002 eine Begehung statt. Bürgermeister Brilmayer geht davon aus, dass keine Gründe gegen den Bolzplatz stehen, es aber dadurch zu Verzögerungen kommen kann.

b) Weiter bat Stadtrat Krug um Information, ob ein Bolzplatz nördlich des alten Rasenplatzes errichtet werden kann. Die Eigentümer der betreffenden Fläche, das Landratsamt und die Eigentümerbesitzgemeinschaft Otter/Wamsler, wären bereit die Fläche zu verpachten.

Bürgermeister Brilmayer wird die Angelegenheit weiterverfolgen.

- c) Stadträtin Will bat, Fr. Kratzer vom Kulturkreis zu informieren, dass Sie die Weinstube grundsätzlich anmieten kann.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 23.05 Uhr

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Brilmayer
Sitzungsleiter

Napieralla
Schriftführer

Schamberger
Schriftführerin